

„Berliner Tageblatt“

erschint täglich einmal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Voreingangsnummer erscheint. Was oben mit angeführt Berlin bei allen Postämtern des deutschen Reichs, Österreich-Ungarns, des Schweiz, Italiens, Belgians, Luxemburgs, des Mittelrheins (Sollens), Danemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten: für alle übrigen Staaten ist der Preis nur der Ertrag durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abnormt man bei der Haupt-Expedition, Ferialstraße 48/49; sonst in den Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Sühnstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Witt-Moabit 138, Grawertstraße 16, Große Brauereistraße 106; ferner bei allen Buchhändlern und den Postämtern Berlins und der Provinz. Chef-Redakteur: Arthur Vehfsohn in Berlin.



Abonnements-Preis

ein das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrierten „Wochenblatt“, „U.L.K.“, der „Morgen-Ausgabe“, „Geist“, der „Technischen Wochenblatt“, dem „Sonntagsblatt“, „Sonntag-Viertelblatt“ und den „Beilagen über Landwirtschaft, Gartenbau und Hauswirtschaft“ durch die Post bezogen werden: jährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland extra. Postanweisung: bei direkter Anweisung unter Preisband 14 Nr. drei Quartal (für Berlin bei täglich postmorgens Auslieferung vierteljährlich 6 Mark, monatlich 2 Mark) — Preisblatt a Jahr 50 Pf. General-Expedition: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Sühnstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Witt-Moabit 138, Grawertstraße 16, Große Brauereistraße 106 angenommen. Druck und Verlag von Rudolf Welfe in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 140.

Berlin, Freitag, den 18. März 1848.

XXVII. Jahrgang.

1848

(Zur Erinnerung an den 18. März.)

Das vormärzliche Berlin.

Der revolutionäre Windhauch, der den alten, patriarchalisch angehauchten, durch eine ausgezeichnete Verwaltung und eine in ihrer Unbegreiflichkeit aller Welt voranleuchtende Rechtspflege imideren preussischen Absolutismus weggeblasen, hat auch das kleinädtische, pfiebsbürgerliche und über die Mäßen langweilige, stillste Berlin so gründlich ventiliert, daß nicht ein Atom seiner früheren geistigen und sozialen Atmosphäre mehr darin geblieben war. Dieser modernere Berlin ist in Wahrheit ein unter den Wehen der Revolution geborenes Kind. Die alte Militärstadt, in der allenfalls noch der Staatsbeamte und die Universität eine gesellschaftliche Rolle zu spielen vermochten, war plötzlich wie weggepöckelt. Zwischen dem vormärzlichen und dem nachrevolutionären Berlin schienen alle innerlichen Verbindungsäden gerissen zu sein. Es fehlte jedwede Brücke zwischen dem geschichtlich Abgestorbenen und dem geschichtlich neu sich Bildenden. Das war beim preussischen Staat allerdings ganz anders. Hier hat die Revolution den geschichtlichen Zusammenhang mit der Vergangenheit nicht im Mindesten zu gefährden vernocht. Sie hat vielmehr die Entwicklung nur ein wenig beschleunigt, sie hat vielmehr nur auf die sichere Abtragung gewisser baufälliger geistlicher Mauerreste am Staatsbau hingewirkt. Berlin aber, die preussische Hauptstadt, von der Heinrich Heine in seinem allemal den Kern der Sache treffenden Epottausgabe, das sei gar keine Stadt, sondern nur ein Ort, wo Berliner zusammenkämen, ist wirklich in jenen Märztagen des Jahres 1848 und unter ihren Folgewirkungen vom Grunde aus umgewandelt worden.

Das vormärzliche Berlin entbehrete jedweder Eigenart als Stadt. Es war die Hauptstadt eines höchst eigenartig organisierten Staates, der sich eines stolzen, aber in jedem wirtschaftlichen Hofes, der mit einem solchen Hofe notwendig verknüpften Diplomaten und der höchsten Behörden; allein dieser Hauptstadt fehlte es an jeder Spur eines öffentlichen Lebens. Das gesellschaftliche Interesse beschränkte sich auf die Beurteilung literarischer oder künstlerischer Erscheinungen. Nirgendwo in den europäischen Großstädten hatte das „Sitz-Platz-Rede“ solch eine lächerliche Höhe erreicht, der Jenny Lind-Enthusiasmus solche wunderliche Wäsen an die Oberfläche aufsteigen lassen, nirgendwo hatte die Henriette Sonntag-Begeisterung solche Purzelbäume geschlagen wie hier in Berlin. Um die Oper, um das Schauspiel drehte sich, wie um eine feste Ase, alles in Berlin. Zuweilen erregte man sich über eine etwas freisinnig gehaltene Rede eines Mitgliedes in der Akademie der Wissenschaften. Für die Verbreitung von Klatschgeschichten jeder Art aus den höheren, höchsten und allerhöchsten Kreisen sorgte der Großherzogsbewahrer solcher Verschwiegenheiten und Geheimnisse, die durchaus für die Definitivität bestimmt waren, nämlich Herr Varnhagen von Ense, und für den Massenbedarf an deartigem Unterhaltungsmittel hielt Adolf Glasbrenner ein großes, wohl-ausgestattetes Lager von hochhaltenen Anspielungen, Maliken und witzigen Spottereien. Zwischen diesen beiden Polen bewegte sich die öffentliche Anteilnahme an politischen Angelegenheiten. Ein geringes Häuflein Gebildeter veransteht sich in einigen Stadtbekanntem Konditoreien, so bei Stehley am Gendarmenmarkt, bei Spagnapiani unter den Linden, wo jetzt das Dressische Restaurant sich befindet, bei Vicedomini oder Courtrain in der Königstraße oder im Glaspavillon an der Stegbahn bei Focky, in die Lektüre einiger wenigen auswärtigen Tageszeitungen, namentlich der Angsbürger Allgemeinen, des „Journal des Debats“, und wenn es hoch kam, in die Lektüre der „Times“.

Eine parlamentarische Tribüne von Bedeutung gab es in Deutschland nicht, denn die Debatten, welche ab und zu in Karlsruhe, in Stuttgart oder in München ein über die Grenzen der süddeutschen Mittelstaaten hinausgehendes Interesse zu erregen vermochten, glücken in Wahrheit doch nur Stürmen in Wasserläuten. Man machte sich in Berlin vielfach über jene parlamentarischen Vorgänge in Süddeutschland lustig, spottete dabei freilich auch seiner selbst ein wenig. Im vormärzlichen Berlin fand man einzig und allein in mehr oder weniger guten Bibliotheken über allehand öffentliche Einrichtungen einen Erlaß für die mangelnde freie Presse, für die durch fehlende Genurrichtungen verarmte literarische Erörterung unserer öffentlichen politischen und sozialen Zustände, für die parlamentarische Debatte.

Man hat dem vormärzlichen Berlin nicht mit Unrecht einen

* Wir haben unserer heutigen Nummer ein mit vielen Illustrationen geschmücktes „Erinnerungsblatt an den 18. März 1848“ als besondere Beilage beigelegt. Diese Illustrationen, so weit es sich um die Artikel „1848“, „Stadt und Volk von Berlin 1848“ und „Der März in Süddeutschland“ handelt, sind dem in der Verlage von Eugen Dieblich (Florenz und Leipzig) erschienenen Werke von Hans Blum „Die deutsche Revolution“ entnommen. Wir sprechen der Verlagsabhandlung für diese uns gegenüber erwiesene Freundlichkeit noch ganz besonderen Dank aus.

Gang, eine förmliche Sucht zum Fivolisiren selbst über die allerersten Fragen vorgeworfen. Die wahre Ursache dieser allerdings nicht wegzuleugnenden Thatfache lag in der durchaus verkehrten politischen Bevormundung eines Volkes, das schon längst den Kinderstühlen entwachsen war. Die große Masse erlungte sich an den beiden, malditiden Wiken und Epähen, die mit immer steigender Recktheit sich gegen alles Beliehende richteten. Die wenigen ernster Denkenden verzehrten sich in ihrer Sehnsucht nach vernünftigeren, dem modernen Zeitbewußtsein besser entsprechenden staatlichen Einrichtungen, und gleich Versuchmachten stürzten sie sich auf die wenigen Wasserquellen, die von Frankreich herüberrieselten. Die französischen Kammerverhandlungen wurden damals von den Gebildeten förmlich verschlungen. Man berauschte sich an den volltönenden Phrasen, die von der Pariser Parlamentaristritüne ihren Weg sehr rasch über den Rhein fanden. War eine gewisse „Französelei“ jahrzehntelang die franthafte politische Mode in Deutschland, so trugen hieran wiederum nur die Regierungen die Schuld, weil sie durch ihre widerwilligen Rückdrehtungsbestrebungen in Deutschland jede selbstständige politische Schulung im Volke leider nur zu lange zu verhindern wußten. Das Verständnis der englischen Verfassungszustände, an und für sich schon ungleich schwerer, lag den Gebildeten in Deutschland unendlich fern.

Es war daher nicht zu verwundern, wenn sich das geringe öffentliche Interesse an den politischen Tagesfragen auf die Benutzung der dem allgemeinen Verständnis leichter zugänglichen Mechanismen in der französischen Staatsverwaltung und Staatsverfassung beschränkte. Gewiß, diese Benutzung französischer Staatseinrichtungen war vielfach ganz kritiklos, und sie hat unsere eigenen politischen Entwürfe ganz außerordentlich geschadet. Allein die schwerste Verantwortlichkeit für die Entgleisung des öffentlichen Geistes in Deutschland trifft zu allererst die Regierungen und die mit ihnen auf das Engste verbundenen hohen und höchsten Gesellschaftskreise. Weshalb denn lediglich die Pariser Kleidermoden nachahmten? Warum nicht auch die politischen Sitten und die konstitutionellen Einrichtungen nach französischer Schablone auf die preussischen Verhältnisse übertragen? Die ganze politische Kauderwatschen der gebildeten Klassen unseres Volkes spricht sich in diesem Verlangen aus. Gleichwohl wäre es sehr wenig an Mäße, jetzt nach einem halben Jahrhundert harter politischen Schulung über die damals vorhergehende Empfindung einfach zu spötteln und von der höheren Warte, auf welche unser Volk durch eine lange mühselige Arbeit gelangt ist, etwa mit einer mitleidigen Ueberlegenheit auf das politische Kindes- und Jugendalter herabzublicken.

Stürmische Vorböten.

Eine erste Wendung in der öffentlichen Meinung trat ganz offenkundig zu Tage, als sich König Friedrich Wilhelm IV. endlich entschloß, dem allgemeinen Andrängen des Volkes nach Mitberathung am Staatsleben entgegenzunehmen und das Ratent auf die Einberufung des vereinigten Landtages (1847) zu verlassen. So wenig diese parlamentarische Versammlung von Königs Gnaden dem Welen einer modernen Volksvertretung entsprach, die Thatfache an und für sich, daß sich in Berlin eine Anzahl hochangehender Männer aus allen Provinzen des Königreiches auf Befehl des Königs zusammenfand, um über gewisse Verwaltungsangelegenheiten des Staates zu verhandeln, war von einer unermesslichen Bedeutung für die Entwicklung des öffentlichen Lebens in der preussischen Hauptstadt. In die erstliche Weltöffentlichkeit brachten die Verhandlungen des vereinigten Landtages eine bedeutende Unterbrechung, eine erschütternde Umwälzung. Man war doch erkant über die Fülle von praktischen Talenten, von glänzenden Rednern, von originellen Charakterköpfen in dieser merkwürdigen Versammlung. Die Zeit der vollen Einsicht in der Politik war mit dem Beginn des vereinigten Landtages für Preußen und namentlich für Berlin unüberwindlich dahin. Allgemein brach sich die Boreit nach ganz dunkle, ganz nebellafte Empfindung Bahn, daß es bei diesem einen unwillig unternommenen Schritte keinesfalls sein Bewenden haben konnte. Die Verhältnisse erwiesen sich noch allemal härter als die Menschen, selbst als die stärksten Menschen.

Zu diesen aber gehörte wahrlich König Friedrich Wilhelm IV. nicht. Wie weit ihn die ruhige Entwicklung der Dinge getrieben hätte, diese Frage braucht zum Glück nicht erörtert zu werden. Genug, es war ein ungemein wirksames Ferment, ein fräftig sich äußerndes Gährungsstoff in die pfiebsbürgerliche Luft Berlins hineingekleubert worden. Dieser Gährungsstoff rüttelte gewaltig an der Gleichgültigkeit der Gesinnung unter den Massen. Dieser Umstand an und für sich bürgte dafür, daß an einen weiteren Stillstand in der öffentlichen, das heißt doch in der politischen Entwicklung Preußens und vor allem Berlins nicht mehr zu denken war. Eine handgreifliche Wirkung machte sich sofort durch die bloße Thatfache geltend, daß solch eine stänbliche Abart einer Volksvertretung existirte. Der König sah sich genöthigt, einem fast einmüthig von den beiden Kurien des vereinigten Landtages angenommenen Antrage auf Einführung der Definitivität für die Stadtverordnetenverhandlungen Folge zu geben. Die betreffende Kabinetordre rührt vom 23. Juli 1847 her. Am Jahrestage der Einführung der

Steinischen Städteordnung, nämlich am 19. November, wurde die erste öffentliche Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung abgehalten.

Das war ein weiterer bedeutsamer Schritt vorwärts auf der Bahn der Entwicklung des öffentlichen Geistes in der Hauptstadt. Man begann doch allmählig, sich wenigstens für die eigenen städtischen Angelegenheiten zu interessieren. Die Hauptfache war aber, daß in das System der veralteten bürokratischen Geheimniskammer eine breite Brücke gelegt war. Es lag in der logischen Folgerung, auch für andere geartete Verhandlungen, besonders für die gerichtliche, ebenfalls die Definitivität zu verlangen.

Die Kriegserklärung an den Absolutismus.

Als dann im Januar 1848 die vereinigten ständlichen Ausschüsse zur Berathung eines neuen Strafgesetzbuches zusammentraten, da zeigte es sich bereits mit einer unheimlichen Deutlichkeit, welche eine Veränderung in der Volksseele schon vorgegangen sein mußte. Als aber der rheinische Abgeordnete Camphausen, derselbe, der einige Monate später zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen worden ist, eine Rede hielt, in welcher die damalige Regierung beschuldigt wurde, die von den Ständen zur Ausrichtung „weithinübergobene“ Hand „im Jorn zurückgestohlen zu haben“, da war eigentlich die Kriegserklärung an das bestehende System bereits klar ausgesprochen. „In Preußen“, mit diesen Worten schloß Camphausen seine mit Recht berühmte gewordene Rede, „in Preußen haben die Stände von Seiten der Regierung Tadel und Nichtbeachtung gefunden und Aufbegehungen des Mißfallens und Unwillens, welche in geringem Einklang mit einem monarchischen Staat stehen, der von den Ständen nur Rath verlangen, sie nur Rath zu ertheilen berechtigen will. Ein Wort hätte hingereicht, den Verfassungsfreit in Preußen für immer zu beendigen; es ist nicht gesprochen worden. Die Folgen müssen getragen werden. Die Geschichte aber wird richten zwischen der Regierung und uns.“

Eine derartige Sprache eines schlichten Bürgers gegen die Regierung, das heißt gegen den absoluten König, war in Preußen noch nie zuvor vernommen worden. Kühn und selbstbewußt trat dieser einfache Bürger vor die Regierung und vor das ganze Land hin und sprach in knappen, aber scharfgemeißelten Sätzen aus, was in Millionen Herzen unbewußt empfunden wurde. Camphausen fand den rechten, großen, geschichtlichen Muth, auszusprechen, was ist. Von diesem Tage her datirt die Kriegserklärung des liberalen preussischen Bürgerthums an die absolute preussische Staatsregierung. In diesem Tage, an diesem 17. Januar, hatte, in geschichtlichem Sinne gesprochen, die preussische Revolution begonnen. Camphausen war in seinem vollen Rechte, und die späteren erschütternden Thatfachen haben ihm in vollstem Maße sein Recht bestätigt, wie er zu behaupten wagen konnte: „Die Folgen müssen getragen werden; die Geschichte aber wird richten zwischen der Regierung und uns.“ Mit wahrhaft prophetischem Geiste hat er in diesen markigen Worten den inneren Zusammenhang der später sich auf einander häufenden und sich überfürenden Ereignisse erfaßt und ihren mitthalsigen Verlauf angedeutet. Aus der genaueren Erkenntnis der Charaktereigenschaften Friedrich Wilhelms IV. schöpfte Camphausen den Muth seiner Voraussicht, und er zogerte daher auch keinen Augenblick, dem Könige und seinen Ministern die Schuld der Verantwortlichkeit für die mannsbleibende Katastrophe vor der richtenden Geschichte zuzuschreiben.

Es hat sich alles in furchtlicher, bichstäblicher Genauigkeit so erfüllt, wie es Camphausen vorhergesehen und vorhergesagt hatte. Diese Rede vor dem vereinigten Ausschüssen des Landtages gleich dem Blitze, dem der Donner der Revolution zwei Monate später nachfolgen sollte. In der moralischen Weltordnung bedarf es nämlich einer ungleich längeren Vorbereitungszeit für die zu erwartenden Entladungen als in der physischen. Diese zwei Monate, welche zwischen dem Donner der Camphausenschen Rede und dem Revolutionsblitze am 18. März verstrichen, waren die Vorbereitungszeit, welche notwendig war, um die Entladung der hochgradigen elektrischen Spannung zu erwirken. Als der betäubende Schlag in Paris am 24. Februar gefallen war, verpöckelte man auch in dem pfiebsbürgerlichen, wihelnden Spreachen einen lebhafteren politischen Pulsschlag. In der von G. Julius begründeten „Zeitingshalle“ fanden sich eine ziemlich große Anzahl junger Politiker zusammen, welche die Tagesereignisse eifrig erörterten. Sie glaubten, daß nunmehr auch für Berlin die Zeit gekommen wäre, der Welt und namentlich dem Lande und dem Könige den Beweis zu liefern, daß die politische Schlummerperiode abgelaufen sei. Ueberall regten sich hoffnungsvolle Reime, überall zeigten sich wiederprechende Epöwe und Ansätze zu einem politischen Leben. In Süddeutschland lekten und züngelten schon allerrhand unheimliche Flammen, so vor allem Breslau und Köln, ferner Königsberg, verriethen sehr deutliche Zeichen einer höchst bedenklichen Irrruhe unter den gebildeten Be-